

Krafer Zeitung.

Nr. 232.

Donnerstag, den 9. October

1862.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1862 beträgt für Krafer 4 fl. 20 Kr., für auswärtig mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Kr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krafer mit 1 fl. 40 Kr., für auswärtig mit 1 fl. 75 Kr. berechnet.

VI. Jahrgang.

Einzelnen Preis: für Krafer 4 fl. 20 Kr., mit Verendung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit der ersten Einrückung 7 Kr., für jede weitere Einrückung 3 1/2 Kr.; Stempelgebühr für jed. Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krafer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Einladung zur Pränumeration auf die „Krafer Zeitung“

Mit dem 1. October 1862 begann ein neues vierteljähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1862 beträgt für Krafer 4 fl. 20 Kr., für auswärtig mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Kr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krafer mit 1 fl. 40 Kr., für auswärtig mit 1 fl. 75 Kr. berechnet.

Bestellungen sind für Krafer bei der unterzeichneten Administration, für auswärtig bei dem nächst gelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

Die Administration.

Amtlicher Theil.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 30. September d. J. den Vice-Granden und griechisch-katholischen Pfarrer in Rarceov, Basil Weidner, zum Titular-Domherrn an dem Munkacser griechisch-katholischen Domkapitel zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 9. October.

Der französische Gesandte in Turin, Herr Benedetti, ist noch nicht nach Paris zurückgekehrt, obgleich man anfänglich sagte, er gebe nur auf seinen Posten, um den Hochzeitsfeierlichkeiten beizuwohnen, müsse aber nach Beendigung derselben gleich wieder zurückkehren. Natürlich sind die Anhänger Ratzki's über Benedetti's Verweilen entzückt. Es ist aber doch kläglich, daß die neue Großmacht Neu-Italien so gewaltig entzückt ist über so kleine französische Gunstbezeugungen. Die Kaiserin Eugenie lächelt und die piemontesische Anleihe fällt; Kaiser Napoleon runzelt die Stirn und das Großmachts-Ministerium in Turin hat keine Zukunft mehr; Hr. Benedetti bleibt ein paar Tage länger und die Großmacht ist entzückt! Welche Zustände!

Ratzki's Reise nach Paris betrachtet man jetzt als gewiss und nennt sogar den 15. Oct. bereits als Datum derselben; der italienische Minister-Präsident werde, falls er in der römischen Frage nichts ausrichten sollte, alsbald von seinem Posten zurücktreten.

Das Turiner Ministerium soll, wie man dem „Dr. Journal“ schreibt, die Absicht haben, eine lange Staatschrift über die Verwicklung mit Rom und die jüngsten Enthüllungen des Pariser „Moniteur“ über die römische Frage zu veröffentlichen. Das Hauptmaterial zu der in Aussicht stehenden Schrift soll Herr Nigro aus Paris mitgebracht haben, und da er als ehemaliger Journalist eine geübte Feder führt, so soll ihm auch ein großer Theil der Abfassung des Documents übertragen werden.

Hinsichtlich der Wiedereröffnung der Kammern ist noch nichts entschieden; man glaubt indes jetzt eher, daß das Ministerium zurücktreten, als daß es die Kammern auflösen werde. Denn wenn dasselbe in Paris etwas ausgerichtet, so ist der letztere Entschluß unnötig, im anderen Falle aber der erstere unvermeidlich.

Mit Rußland, schreibt der Turiner Corr. der „K. Z.“, gestalten sich die Beziehungen „Italiens“ auf das beste. Die erste Nacht verlangt sogar von dem illegitimen Königreiche eine Gefälligkeit, nämlich die Anweisung einer Kohlenstation im adriatischen Meer, also auf annectirtem Boden. Auch ist von Heirathsplänen die Rede, welche eine nähere Verbindung zwischen der königlichen Familie und dem russischen Kaiserhause herbeiführen werden. Der Kronprinz Humbert tritt nämlich allmählich in das männliche Alter, und man spricht daher vornehmlich von einer Herzogin von Leuchtenberg als seiner zukünftigen Gemahlin.

Die Protestation König Franz II. gegen die Anerkennung des Königreiches Italien von Seite Preussens lautet:

„Rom, 1. Juli 1862. Excellenz! Die uns aus Venedig zukommenden Nachrichten lassen die Anerkennung des von dem König von Sardinien angenommenen Titels eines Königs von Italien, wenn nicht als demnach bevorstehend, dennoch als sehr wahrscheinlich erscheinen. Wenn dieser Titel nur eine leere Formel wäre, wie alle jene, die man noch in den Beziehungen der königlichen Häuser beibehält, so würde der König, unser Herr, darin nur eine unbedeutende Gefälligkeit der preussischen Regierung sehen, die weder Grund zu Bemerkungen,

noch zu irgend einer Klage gäbe. Wen man aber diesen Titel als Symbol der Verletzung aller Verträge annimmt, als Symbol der offenbaren Rechtsverletzung, der Verletzung der von dem allgemeinen europäischen Gesetz garantierten Souveräne, der Usurpation unabhängiger Staaten, die mehrere Jahrhunderte lang allen Wechseln der Zeit trotzen und die vollständigste Unabhängigkeit bewahren, dann kann unser erhabener Souverän Se. Maj. der König nicht begreifen, wie eine so achtungswerthe Regierung, wie die Sr. M. des Königs von Preussen, in irgend einer Weise solche Attentate sanctioniren mag, und über die Ereignisse, die seit zwei Jahren in Italien sich begeben, so sehr ihre Ansicht und Meinung ändern kann. Se. Majestät der König hält es nicht für schädlich, über die Folgen eines solchen Schritts für alle Regierungen Betrachtungen anzustellen, über diese Art von Concession, welche einer Revolution gemacht wird, die alle bestehenden Gewalten bedroht. Herr Fürst! Se. Majestät beschränkt sich darauf, Sie zu beauftragen, in seinem königlichen Namen gegen die Consequenzen dieser Anerkennung von Seite Preussens, und gegen Alles, was die Unabhängigkeit seiner Völker, seiner Rechte und jener seiner Dynastie beeinträchtigen könnte, zu protestiren; diese Rechte wird Se. Maj. nicht stets unverletzt und unverfügt für die Zukunft vorbehalten. Wollen Sie Excellenz in diesem geeigneten Augenblick dem Herrn Minister des Auswärtigen den Inhalt dieser Depesche bekannt geben und ihm davon eine Abschrift beibehalten. Der Minister v. Cavour, polido del Re. An Se. Excellenz den Fürsten Garin, in Berlin.“

Alle französischen Blätter, selbst die, welche die italienische Einheit mit der größten Energie vertheidigen, sind gegen die Einheit Deutschlands. Die Debatte, die Paris, die France u. erschrecken bei dem Gedanken eines so starken Deutschlands. Die France, die bekanntlich die italienische Einheit auf das energischste anseht, ist zum wenigsten noch logisch, wenn sie gegen Deutschland auftritt. Sie warf deshalb auch der Opinion Nationale vor, daß sie die Einheit Italiens vertheidige, während sie gegen die 50 Millionen Deutsche zu Felde ziehe. Dieses Blatt, das bekanntlich vom Prinzen Napoleon inspirirt ist und dessen Redactionen chef, der ehemalige St. Simonist Guizot, sich zum Kaiser des Palais Royal emporgearbeitet hat, läßt nun endlich die Maske fallen. „Was“, ruft derselbe in seiner heutigen etwas unklugen Entrüstung aus, „haben wir nicht, als die Einheit Italiens in Aussicht stand, ganz allmählich Monate lang die Annexion Venedigs und Savoyens an Frankreich als Schutz unserer Grenze einem so starken Nachbar gegenüber verlangt? Wenn heute die deutsche Einheit aus der Region der Abstraction hervorgehen sollte, so werden wir ihr ebenfalls keine Hindernisse in den Weg legen. In diesem Falle werden wir aber auch von unseren Nachbarn eine Rectification der Grenzen verlangen, welche die Armeen des pompidous Reiches, das dem ohnmächtigen Chaos der deutschen Conspiration folgen würde, von Paris weiter entfernt halten würde.“ Also eine Abtretung des linken Rheinufers, natürlich mit Belgien. Unter diesen Bedingungen könne die deutsche Einheit, so wie sie Frankreich wünscht, erzielt werden. Zum wenigsten behauptet die France, oder sie gibt doch zu verstehen, daß Rußland und Frankreich die letzten Maßregeln des Königs von Preussen vollständig billigt und ihn aufgefordert haben, auf der von ihm betretenen Bahn zu beharren.

Nach der „France“ hat die Königin Victoria erklärt, sie wolle an der Spitze der Regierung bleiben, um dem Prinzen von Wales in die Geschäfte derselben einzuweisen.

In Bezug auf die jüngste Reise des Monsignor Rarbi, welche wieder zu allerlei Combinationen bezüglich des österreichischen Concordats Anlaß gab, schreibt man dem „Botsch.“ aus Rom: Dieser Prälat ist gewissermaßen gezwungen, die Rolle einer Seeschlange im Salar zu spielen: er taucht bald da, bald dort in geheimnißvoller Weise auf und stets soll er mit irgend einer Sendung beschäftigt sein. Die Wahrheit aber ist, daß Monsignor Rarbi nicht bloß als einer der beiden österreichischen Uditori della Rota romana (für Venedig) ein rein richterliches Amt bekleidet, das er in letzter Zeit mit großem Muthe ausübt, so zwar, daß schon längst gewisse Dolche für ihn geschliffen sind, sondern daß er auch zu den Größten der italienischen Gesellschaftsordnung und Statistik zählt und seiner Stellung halber häufig und gerne reist. Wie er fast alle Länder Europas besucht hat, so versteht und spricht er auch fast alle europäischen Sprachen und erinnert in dieser Beziehung an Megafanti. Seine Reisen haben daher gar nichts Geheimnißvolles und man hat gar nicht nöthig, ihn in Verdacht mit Angelegenheiten

zu bringen, die ihm gänzlich ferne liegen. Was man übrigens in der Concordatsfrage hier thun wolle, das ist auf diplomatischem Wege längst geschehen und die römische Curie ist auf ihre bezüglich jener Frage unterbreiteten Wünsche eingegangen.

Der „Öst. Post“ wird aus Paris geschrieben: Hr. Dutrey, der General-Consul Frankreichs in Beirut, hatte, nachdem er Nachricht erhalten von der neuen Agitation im syrischen Gebirge und von den armenischen Massacres, seine Kollegen, die Consuln der Mächte, die den Vertrag von Paris unterzeichnet haben, in seinem Hause versammelt und hat sie eingeladen, sich mit ihm nach Syrien in Kosroam zu begeben, wo die Symptome der Aufregungen am heftigsten und die Unordnung am größten ist. Wenn wir jetzt unsere Flaggen mitten unter den Drusen aufpflanzen, sagte Hr. Dutrey, so werden wir ein neues Blutvergießen verhindern. Hr. Dutrey stand mit seiner Ansicht ziemlich allein, nur der österreichische Consul unterstützte ihn. Die anderen Consuln haben erklärt, daß sie Instructionen einholen würden; vielleicht werden sie hinter diesem Schritte die Absicht, die syrische Konferenz wieder herzustellen. Daß die Zustände im syrischen Gebirge anarchofischer sind, denn je, steht fest; doch wird eine Konferenz daran kaum etwas ändern.

Nach Pariser Berichten der „All. Ztg.“ hat die französische Regierung nochmals durch Herrn Mercier in Washington Vorstellungen machen lassen zu Gunsten eines baldigen Friedensschlusses, d. h. der Anerkennung der Secession. Gestern hat darauf Herr Dayton dem Minister des Auswärtigen eine Note mitgetheilt, in welcher Herr Seward die französischen Rathschläge einfach ablehnt.

Lord Lyons, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister von Großbritannien in den Vereinigten Staaten, welcher sich auf Urlaub in England befindet, wird sich am 15. d. M. nach Washington zurückgeben.

Fußball-Rikita hat in Betracht der Opfer und Verdienste, welche sich die Montenegriner und die Bewohner der Brda in den letzten Kämpfen erworben, denselben für das Jahr 1862—63 alle Abgaben und Steuern erlassen. — Hr. Secretär Wastik scheint fleißig mit Berathen beschäftigt zu sein, welche die Sachlage so darzustellen suchen, als seien es eigentlich die Montenegriner, welche den Türken die Friedensbedingungen dictirt hätten, und nicht umgekehrt. Auch die „Opinion nationale“ brachte dieser Tage einen solchen Bericht von dem kaiserlichen Herrn Secretär.

Wir lesen in der „Prager Ztg.“ folgende officiële Wiener Correspondenz über die russischen Ordensverleihungen: Man hat aus dem Umstande, daß bei Gelegenheit der Feier des Millenniums des russischen Reiches nicht etwa zwei oder drei der wirklich ausgezeichneten Schriftsteller Oesterreichs, sondern außerordentlich viele mit russischen Orden geziert worden sind, darunter auch ein Mann, der keine schriftstellerischen Leistungen aufzuweisen hat — den Schluß ziehen wollen, daß es auf eine diplomatische Demonstration, auf eine Ermunterung der slavischen Widersacher der Gesamttheilnahme abgesehen sei. Uns sind aber ganz bestimmte Nachrichten aus guter Quelle bekannt geworden, wonach die lange Liste jener Decorirten gar nicht von dem russischen Ministerium des Aeußern vorgeschlagen worden ist, welches die nöthige Personifikation besitzt. Damit ist der häufige Mutmaßung, daß die Ordensverleihung eine politische Demonstration gegen Oesterreich sei, aller und jeder Boden entzogen.

Zwei Escherkessenhäuptlinge sind eigens nach London gekommen, um bei der englischen Regierung eine Klageschrift gegen Rußland einzureichen und um Beistand zu bitten. Folgendes ist der wesentliche Inhalt dieses Actenstücks: „Seit die Welt steht, hat kein Volk den Versuch gemacht unser Land zu erobern. Rußland allein überzieht uns mit jahrelangem blutigem Krieg, unter dem Vorwand, daß ihm unser Land tractatmäßig von der türkischen Regierung abgetreten worden sei. Wir aber waren nie der Türkei zu eigen gewesen; sie konnte uns daher nicht verschenken. Während des Krieges mußten wir von den Wirthen des Vorwurfs der Unaufrichtigkeit annehmen, weil wir uns ihnen nicht gegen den gemeinsamen Feind angeschlossen hätten. Doch war dies nicht die Schuld der Nation, sondern unser Führer, denen es an Einigkeit und Entschlossenheit fehlte. Rußland vertheidigt den andern Staaten gegenüber: es bekriegt uns, weil wir ein ungebildetes, wildes, unruhiges Volk seien. Das ist falsch, und wir sind gekommen, um das Gegentheil zu beweisen. Wir besitzen

seit zwei Jahren eine Art Parlament, welches über die eine Million Einwohner umfassende vereinigte Nation der Escherkessen und Abasser regiert. Wir halten Frieden mit den Nachbarn und den Fremden die unser Land besuchen, und wir haben gute Gesetze zum Schutz von Leben und Eigenthum. Rußland aber hemmt durch seine kriegerischen Einfälle unsere Entwicklung, zerstört unsere Städte, mordet unsere Männer und Weiber. Von Ew. Maj. erbitten wir nun Schutz; wir sind Menschen wie andere, und bitten Sie dem Blutvergießen Einhalt zu thun. Ein Bittgesuch, wie das hier mitgetheilte, haben wir dem Kaiser in Sibirien, leider ohne Erfolg, überreicht. Neuerer Zeit wurde der Kampf von neuem aufgenommen, und hat wieder 25,000 Menschenleben verschlungen. Trotzdem lassen wir lieber unser Leben, als daß wir uns unterwerfen. Und auszuwandern ist unmöglich. Daran hindert uns unsere Armuth. Was sollte aus unsern Greisen, Frauen und Kindern werden! Angesichts dieser unübersehbaren Schwierigkeiten haben wir einstimmig beschlossen, uns an sämtliche Großmächte zu wenden, überzeugt, daß sie das Verfahren unseres Feindes nach Verdienst brandmarken werden. Und ganz besonders wenden wir uns an Ew. Maj. und an Ihr Volk, dessen Freiheit, Gerechtigkeit und Theilnahme für den Unterdrückten selbst in unserem unglücklichen Land bekannt sind, damit Sie der vollständigen Ausrottung eines Volks vorbeugen das eine Million Bürger zählt, und desselben Blutes und Fleisches wie andere Menschen ist.“ Der Escherkessen-Deputation wurde von einem Beamten des auswärtigen Amtes folgende kurze Antwort gegeben: „Gentlemen. Ich habe den Auftrag von Lord Russell, den Empfang der Petition, welche Sie unter dem 26. v. M. an die Königin richteten und in der Sie über das Betragen Rußlands in Bezug auf Escherkessen Beschwerde führen, zu beklagen, und habe Sie zu benachrichtigen, daß Ihrer Majestät Regierung in der Sache nichts zu thun vermag u. s. w.“

Ein Eingekandt in der „Fr. Postz.“ schlägt als Programm der Versammlung bündestruer Männer in Frankfurt folgendes vor: 1. Daß für je die föderative Ordnung Deutschlands in ihren verfassungsmäßigen Grundzügen aufrecht zu halten ist, namentlich der Bundesverband mit Oesterreich; 2. daß im nationalen Interesse eine zeitgemäße Reform durch weitere Ausbildung der Bundesverfassung und die Erweiterung des deutschen Wirtschaftsgebietes durch Aufnahme Oesterreichs auf das entschiedenste angestrebt werden muß und zwar 3. vor Abschluß eines Handelsvertrags mit außerdeutschen Staaten.

In Darmstadt trat am 4. d. eine größere Anzahl von Mitgliedern der fünf bessischen Handelskammern, zu Mainz, Worms, Bingen, Offenbach und Darmstadt, zu einer vertraulichen Besprechung der gemeinsamen interessirenden Fragen, namentlich des Programms für den Münchener Handelstag, in Mainz zusammen. Die Frage: ob Annahme oder Ablehnung des preussisch-französischen Handelsvertrags, stand natürlich in erster Linie auf der Tagesordnung. Aufreiß wurde von den Gegnern wie von den Freunden dieses Vertrages die Hoffnung und Zuversicht ausgesprochen, es werde gelingen, die Bollvereinigung zwischen Oesterreich und dem Zollverein zu erwirken, um der Production des letzteren das weite Absatzgebiet des deutschen Kaiserstaates zu eröffnen.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Das Uebereinkommen des Staates mit der Bank, wie es der Berichterstatter Prof. Herbst des Finanzausschusses nach dessen Beschlüssen entworfen hat und auf dessen Grundlage das Haus die Bankfrage in Berathung ziehen wird, lautet:

I. Gesetz in Betreff der Abschließung eines Uebereinkommens mit der österreichischen Nationalbank. Sittig für das ganze Reich.

Art. I. Der Finanzminister wird ermächtigt, mit der österreichischen Nationalbank das beifolgende Uebereinkommen über die Verlängerung ihres Privilegiums, Einkommen über die Regelung des Schuldverhältnisses, den neuen Statuten und ein neues Reglement derselben, endlich über die Regelung des Schuldverhältnisses zwischen dem Staate und der Bank abzuschließen.

Art. II. Wenn dieses Uebereinkommen abgeschlossen wird, so treten mit dem Tage der Ratification der Uebereinkunft desselben die neuen Statuten und das neue Reglement in Wirksamkeit, vorbehaltlich je-

ner Ausnahmen, welche in dem Uebereinkommen ausdrücklich festgesetzt sind.

II. Uebereinkommen zwischen der Staatsverwaltung und der Bank.

§. 1. Es findet eine Regelung des Schuldverhältnisses zwischen dem Staate und der Bank statt, welches sich auf die in den Büchern der Bank am 30. Sept. 1862, wie nachfolgt, bezifferte Posten bezieht:

a) die fundirte Staatsschuld aus der Einlösung des Wiener Währung Papiergeldes im fl. fr. Restbetrage von 37.649.554 94
b) die durch die Staatsgüter bedeckte Schuld im Restbetrage von 87.794.936 01.
c) die Vorschüsse auf das mit allerhöchster Verordnung vom 29. April 1859 verfügte Anlehen im Restbetrage von 87.500.000 —
d) die Vorschüsse in Silber auf die drei Mill. Pfd. Sterl. der im Jahre 1859 in London emittirten Anleihe 20.000.000 —

Zusammen 232.944.490 95.

§. 2. Der Rest der aus der Einlösung des Wiener Währung-Papiergeldes herrührenden Schuld des Staates an die Bank (a) wird, vom Tage d. s. auf verfassungsmäßige Wege bestätigten Uebereinkommens an gerechnet, mit 2 Prozent verzinst und in vier gleichen Jahresraten, deren erste mit Ende December 1863, die letzte aber mit Ende December 1866 fällig ist, an die Bank zurückgezahlt.

§. 3. Die dem Staate von der Bank im Jahre 1859 mit zwanzig Millionen Gulden in Silber geleisteten unverzinslichen Vorschüsse (d) zahlt die Finanzverwaltung in gesetzlicher Silbermünze oder mit in Silber oder Gold zahlbaren Wechseln auf ausländische Plätze, zur Silberparität berechnet, in zwei gleichen ebenfals unverzinslichen Raten zurück, deren erste mit Ende December 1865 und die zweite mit Ende 1866 fällig ist. — Das Pfandrecht der Bank auf die ihr zur Bedeckung dieser Schuld übergebenen 3 Mill. Pf. St. wird bis zur Rückzahlung derselben aufrechterhalten, jedoch wird nach Maßgabe der geleisteten Zahlungen der entsprechende Theil der Obligationen vom Pfande frei und der Staatsverwaltung zurückgestellt.

§. 4. Von der mit heutigem Tage bestehend-n Gesamtsforderung der Bank an den Staat wird ein Betrag von 80 Millionen Gulden österreichische Währung ausgeschieden, und dem Staate von der Bank als ein Darlehen überlassen, welches bis zur Wiederaufnahme der Einlösung ihrer Noten unverzinslich ist, von da an aber zu zwei Prozent verzinst wird. — Für dieses Anlehen wird der Bank eine am letzten December 1876, wenn aber der im Schlusse des §. 14 vorgesehene Fall eintritt, am letzten December 1877 zahlbare Schuldverschreibung übergeben, deren Form zwischen dem Finanzminister und der Bank vereinbart werden wird.

§. 5. Die in Folge der Vereinbarung, welche auf Grund des Gesetzes vom 8. Juni 1862 zwischen der Finanzverwaltung und der Nationalbank stattgefunden hat, realisirten 83 Millionen von den bei der Nationalbank befindlichen 123 Millionen Obligationen des Anlehens vom Jahre 1860 werden verwendet: Mit 50 Millionen des Erlöses zu Staatszwecken, der Rest des Erlöses zu Rückzahlungen an die Bank von der Schuld von 99 Millionen. — Von dem Erlöse der noch zu realisirenden 40 Millionen dieser Obligationen wird jeder einfließende Theilbetrag im Verhältnisse von zwei Dritttheilen an den Staat abgeführt. Ein Dritttheil bleibt der Bank zur Abschreibung an der Schuld des Staates.

§. 6. Die nach Abrechnung der in den §§. 2, 3, 4 und 5 angeführten Posten verbleibende und durch die Staatsgüter gedeckte Schuld des Staates an die Bank wird vom ersten Tage des auf die verfassungsmäßige Genehmigung dieses Uebereinkommens folgenden Monats angefangen, in keinem ihrer Bestandtheile weiter verzinst. — Für den Verkauf der der Bank überwiesenen Staatsgüter gilt das in seinem vollen Umfange rechtsverbindlich bleibende Uebereinkommen vom 18. October 1855, und namentlich die im §. 8 desselben der Bank eingeräumte Berechtigung zur bald thunlichsten Veräußerung der Güter. Zur beschleunigten Verwerthung der Staatsgüter kann auch eine Verpachtung, sowie eine Belastung derselben mittelst Pfandbriefen von der Staatsverwaltung veranlaßt werden. — Soferne der Bank aus dem Ertrage und der Verwerthung der Staatsgüter in baarem Gelde oder in Kaufschillingen

bis Ende 1863 nicht mindestens 1/10
" " 1864 " " 2/10
" " 1865 " " 3/10

dieser Restschuld zugeflossen sind, wird die Finanzverwaltung den an diesen Theilbeträgen fehlenden Betrag der Bank am 14. Februar des nächstfolgenden Jahres ausbezahlen. Bis Ende des Jahres 1866 muß die Schuld vollständig getilgt sein.

§. 7. Die Nationalbank verpflichtet sich, die mit heutigem Tage in ihrem Besitze befindlichen Effecten, innerhalb des Zeitraumes und nach dem Verhältnisse, in welchem der Staat die in den §§. 2, 3, 5 und 6 bezeichneten Rückzahlungen an die Bank leistet, vollständig zu veräußern. — Von dieser Verpflichtung sind die Effecten des Reserves- und Pensionsfonds, dann die vom 1. Jänner 1863 bis 1. Jänner 1872 rückzahlbaren Schuldverschreibungen der galizischen Karl Ludwig-Eisenbahn-Gesellschaft ausgenommen, jedoch können diese Schuldverschreibungen nicht im Sinne des §. 15 der Statuten zur Deckung von Noten dienen.

§. 8. Die durch die Rückzahlungen des Staates und durch die Veräußerung der Effecten der Bank eingehenden Beträge sind in der Weise zur Verringerung des Notenumlaufes zu verwenden, daß bis Ende December 1866 die statutenmäßige Bedeckung der Noten (§. 15 der Statuten) hergestellt ist.

§. 9. Als Entgelt für die Verlängerung des Privilegiums genießt der Staat nebst den im §. 4 bezeichneten Darlehen den im §. 11 der Statuten bestimmten Antheil am Gewinne. Der Antheil am Gewinne gebührt dem Staate von den Erträgen des Jahres 1867 und der folgenden Jahre.

§. 10. Die Nationalbank bleibt vorläufig ermächtigt, Noten zu 1 fl. und zu 5 fl. in Umlauf zu halten. — Der Zeitpunkt für die Einziehung der Banknoten zu 1 fl. wird durch ein besonderes Gesetz bestimmt werden. Die Noten zu 5 fl. aber sind dann einzuziehen, wenn die Veräußerung der zur Bedeckung dieser Noten dienenden, der Bank verpfändeten Eose des Anlehens vom Jahre 1860 beendet ist. — Wenn sich am 31. December 1866 noch Noten unter 10 fl. im Umlauf befinden, so unterliegen dieselben den Bestimmungen des §. 15. der Statuten.

§. 11. Die statutenmäßige Bezeichnung von Gold und Silber kann erst nach Wiederaufnahme der Silberzahlungen stattfinden.

§. 12. Die Wiederaufnahme der Silberzahlungen der Bank hat im Jahre 1867 zu erfolgen; die näheren Bestimmungen über den Zeitpunkt und die Modalitäten hiefür werden durch ein in der Reichsraths-Session 1866 zu erlassendes Gesetz festgesetzt werden.

§. 13. Die Erfüllung der aus dem gegenwärtigen Uebereinkommen der Finanzverwaltung und der österreichischen Nationalbank obliegenden Verpflichtungen wird unter die Controle jener Commission gestellt, welche vom Reichsrathe für die Controle der Staatsschuld bestellt wird.

§. 14. Das Ansuchen um weitere Verlängerung des Privilegiums und der Vorrechte der Nationalbank (§. 40 der Statuten) ist zwei Jahre vor Ablauf des Privilegiums zu stellen. Erfolgt nach rechtzeitigem Anbringen dieses Gesuches die Entscheidung der Gesetzgebung über die Verlängerung oder Nichtverlängerung des Privilegiums nicht vor Ende des Jahres 1875, so ist das Privilegium, jedoch nur für die Dauer des Jahres 1877, als stillschweigend verlängert anzusehen.

§. 15. Dieses Uebereinkommen tritt erst dann in Rechtskraft, wenn gleichzeitig dem neuen Statut und dem neuen Reglement in der vereinbarten Form die allh. Genehmigung erteilt sein wird.

Beide Finanzausschüsse hielten gestern Sitzungen. Der Finanzausschuß für 1862 beschäftigte sich mit der endgültigen stiftlichen Feststellung der Bankacte. Sämmtliche Parteien der letztern (Statuten, Reglement, Uebereinkommen sammt Gesetz) wurden ohne wesentliche Correctur in der von dem Berichterstatter vorgelegten Fassung angenommen. Das Ministerium nahm bei dieser Gelegenheit Anlaß, die Aufnahme zweier neuer Bestimmungen anzuregen. Die eine dieser Bestimmungen sollte ausdrücken, daß, in Anbetracht der festgesetzten Gewinntheilung zwischen Bank und Staat, der Finanzverwaltung keine statutenwidrige Einflußnahme auf die Geschäftsbekämpfung der Bank zustehe; die andere Bestimmung sollte ausdrücken, daß von der der Bank für den Fall einer Suspension ihrer Zahlungen angedrohten Entziehung des Privilegiums der Fall einer im Wege der Gesetzgebung verfügten Suspension ausgenommen sein sollte, ein Antrag übrigens, der vom Abgeordneten Szabel im Laufe der Beratungen über die Statuten eingebracht, vom Ausschusse bereits einmal abgelehnt worden war. Beide Anträge des Finanzministers wurden vom Ausschusse als selbstverständlich, überdies die Beratungen als abgeschlossen und die gefassten Beschlüsse als feststehend angesehen. In Folge dessen wurden die beiden Anträge, ohne daß sich jedoch der Ausschuß in merito gegen dieselben erklärt hätte, abgelehnt, und dürften dieselben im Laufe der Beratungen im Hause vom Finanzminister neuerlich vorgebracht werden. Der Finanzausschuß für 1863 beriet die Budgets des Hofstaats und des Ministeriums des Äußern. Ueber ersteres referirte Freiherr v. Tinti, über letzteres Graf Partig. Das Budget des Hofstaates ward unverändert nach dem Regierungsantrage mit 7.458.700 fl. angenommen. — Bei der Berathung des Budgets des Ministers des Äußern gelangte ein neues Budget mit einem nicht unbedeutend reduzierten Aufwande zur Vorlage. Während das ursprüngliche vorgelegte Budget des Ministers des Äußern 2.668.800 fl. betrug, lautete das neue Budget auf 2.569.500 fl., um 74.882 fl. weniger als die von der Reichsvertretung für 1862 bewilligte Summe (2.644.382 fl.). Die Functionsvorlage des Präsidenten der Bundesmilitär-Commission in Frankfurt mit 6000 fl. rief neuerdings eine lebhafte Debatte hervor. Die Regierung und der Berichterstatter des Ausschusses erklärten sich gegen die Streichung, die Majorität beharrte bei den schon beim Budget für 1862 gefassten Beschlüssen und stich die Functionszulage. Die Berathung über das Budget des Ministeriums des Äußern wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

Österreichische Monarchie.

Wien, 8. October.

Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna wird dieser Tage auf der Rückreise von Etra nach Prag hier eintreffen.

Die Unterzeichnung der Ehepakte zwischen Sr. k. Hoh. dem Erzherzog Karl Ludwig und der Prinzessin Maria Annunziata hat dieser Tage stattgefunden. Es fungirten dabei der Herr Minister Graf von Rechberg, der Herr Oberhofmeister General der Kavallerie Fürst Karl Pichlerstein und der neapolitanische Gesandte Baron von Winpfare.

Se. k. H. der Hr. Erz. Karl Ludwig hat sich nach Triest begeben.

Der kaiserl. französische Botschafter Herzog von Grammont soll demnächst nach Paris reisen und

bahin berufen worden sein, um sich, wie die „Autogr. Corr.“ meldet, bezüglich der Eventualität des Abchlusses des Handelsvertrages mit Oesterreich zu informieren.

Der Bundes-Präsidialgesandte, Baron Rübeck, ist nach Frankfurt abgereist; der k. k. Gesandte am kurbayerischen Hofe, Graf Karnicki, ist auf seinen Posten zurückgekehrt.

Der seit 5 Jahren bei der europäischen Finanzcommission in Constantinopel zugetheilte k. k. Hofrath von Laekenbacher wird, nachdem die Commission nun aufgelöst wurde, dieser Tage hier eintreffen.

Der Landtagsabgeordnete für den zweiten Wahlkörper des großen Grundbesitzes in der Bufoina, Stephan Ritter v. Nywas, ist mit Tode abgegangen und ist die Wahl eines Abgeordneten an seine Stelle auf den 15. October von der Landesbehörde bestimmt. Die gleichzeitig publicirte Liste der wahlfähigen Großgrundbesitzer umfaßt 129 Individuen, worunter auch die Sugamaer armenische Cultusgemeinde, Besitzerin der beiden landtäflichen Güter La Mitoka und Zamk, als juristische Person rangirt.

Deutschland.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde am 7. d. die Debatte über die Forckenbediche Resolution fortgesetzt. Minister-Präsident Baron Bismarck erklärte namens des Gesamtministeriums, die Staatsregierung werde in Annahme des v. Windke'schen Amendements Unterpfand für entgegenkommende Aufnahmen ihrer Bemühungen zur Verständigung erblicken und wenn die Annahme desselben erfolge, Vorschläge machen, welche auf den Antrag eingehen, ohne sich dessen Motive anzunehmen. (Lebhafter Widerspruch.) Die im Amendement für 1862 in Aussicht genommenen Schritte würde das Staatsministerium dann thun, wenn ersichtlich werde, daß der Etat nicht rechtzeitig zu Stande käme. Windke's Amendement (caßliche lauter: Das Haus der Abgeordneten erklärt, daß die königliche Staatsregierung, abgesehen von den in Ansehung des Etats pro 1862 zu gewärtigenden weiteren Vorlagen, falls sich die Beseitigung des Staatshaushaltetats für das nächste Jahr nicht noch vor dem 1. Jänner 1863 herbeiführen läßt, zur Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände verpflichtet ist, noch vor Ablauf des Jahres 1862 die Bewilligung eines vorläufigen extraordinären Credits bei der Landesvertretung zu beantragen) wird mit sehr großer Majorität abgelehnt und bei namentlicher Abstimmung die Forckenbediche Resolution mit 251 gegen 36 Stimmen angenommen.

Ueber die Entschlüsse des preussischen Ministeriums schreibt man dem „Bat.“: Demnach, nämlich sobald beide Häuser zum Budget eine definitive Stellung eingenommen haben, wird — falls sich an der Satzung nichts ändert und sich eine Aenderung nicht zu erwarten — die Regierung eine Publication erlassen, in welcher sie erklärt — die königliche Staatsregierung habe das Budget für 1862 verfassungsmäßig vorgelegt, es sei — zu ihrem größten Bedauern keine Einigung darüber zu Stande gekommen, — ihrer Ansicht nach verleihe es sich nun nach §. 99 der V. R. von selbst, daß sie mit dem verfassungsmäßig vorgelegten, wenn auch leider nicht durch die Einigung von Regierung, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus zu Stande gekommenen Budget weiter wirtschaften. Da aber das Abgeordnetenhaus erklärt habe, seine Ansicht sei eine andere, jede Ausgabe sei verfassungswidrig, die nicht ausdrücklich bewilligt sei, so wolle sie (die kgl. Staatsregierung) das Gewissen keines Menschen beschweren und keinen zwingen, seinen Gehalt zu erheben. Jeder aber, welcher seinen Gehalt erhebe, müsse somit zu gleicher Zeit anerkennen, daß die königliche Staatsregierung ganz verfassungsmäßig mit dem von ihr vorgelegten Budget wirtschaftet. Die Bedeutung dieser Wendung liegt auf der Hand, es wird sich nun zeigen, daß die ungeheure Majorität des Volkes die Verfassungsmäßigkeit der Gehaltszahlungen anerkennt — wir bezweifeln sogar durchaus noch nicht, daß selbst die über 200 Kreisrichter und Beamten, welche im Abgeordnetenhaus sitzen, ihren Gehalt abheben und damit die Verfassungsmäßigkeit des Budgets, auch ohne ausdrückliche Zustimmung des Abgeordnetenhauses, anerkennen werden.

Aus Raumburg schreibt man dem „Frankfurter Journal“, daß das Gerücht von Verlegung der Halle'schen Universität nach Raumburg an Wahrscheinlichkeit gewinne.

Aus München, 7. October, meldet ein Telegramm des „Dr. Journ.“: Die Königin von Neapel hat sich das Kloster der heil. Ursula in Augsburg zum vorläufigen stillen Aufenthalt gewählt und ist gestern dafelbst eingetroffen. Die Königin soll leidend sein.

Am 5. d. fand in München die feierliche Eröffnung des Octoberfestes in Gegenwart Ihrer Majestäten des Königs und der Königin und der königlichen Prinzen vom Wetter begünstigt statt. Eine ungeheure Menschenmasse, die man wohl über 100.000 Köpfe anschlagen darf, nahm die Terasse gegenüber dem mit Fahnen und Wimpeln in den bayerischen und städtischen Farben geschmückten Königszelt, sowie die ganze Theresienwiese ein und empfing die königlichen Majestäten und Prinzen bei Ihrer Ankunft Nachmittags 2 Uhr auf ihrem ganzen Wege mit ununterbrochenen Jubelrufen.

König Ludwig von Baiern, welcher in Rom verweilt, gedenkt nun auch im Januar eine Reise nach Spanien anzutreten.

Frankreich.

Paris, 5. October. Der Kaiser wird noch eine Woche in Biarritz bleiben, um sich reichlich zu überlegen, welchen Bescheid er Herrn Ratazzi geben soll, der zum 15. d. hier eintreffen wird. Ob die Note, welche Hr. Thouvenel zur Beantwortung der Durando'schen aufgesetzt hat, jetzt, wo die Wagnadigung der Freischärler von Aspromonte eine Thatfache ist, lediglich Concepi bleiben soll, wird im Ministerrathe, den der Kaiser

gleich nach seiner Rückkehr in St. Cloud halten will, entschieden werden. — Jüngst war bekanntlich die Rede davon, daß auf ein Gutachten der Prüfungs-Commission für dramatische Werke gegen ein nach dem Victor Hugo'schen Romane les Misérables bearbeitetes Theaterstück Maßregeln getroffen worden seien. Der „Moniteur“ erklärt heute, ohne Victor Hugo selbst zu nennen, „die Commission gebe ihr Gutachten nur über die Stücke ab, mit deren Prüfung sie beauftragt worden, und das einzig Richtige in obigem Gerede sei, daß auf Vorschlag der Commission das Verbot dieses Werkes ausgesprochen wurde.“ — Gestern hielt die Akademie der schönen Künste ihre öffentliche Jahresitzung und Preisvertheilung. Der ständige Secretär, Hr. Boulé, verlas eine heute vollständig im „Moniteur“ abgedruckte Denkschrift über Leben und Werke Jakob Fromental Halévy's. — Troß der aus Turin kommenden Dementis will man hier wissen, daß die italienische Regierung im December oder Januar dennoch eine neue Anleihe aufnehmen werde; sie soll bereits mit Vereire in Vorunterhandlungen getreten sein. — Es bestätigt sich, was man bereits aus Herrn Lapontez's Rücktritt schließen konnte, daß nämlich in Bureau der „France“ eine Spaltung eingetreten ist. Vielleicht wird die demnach bevorstehende Modification dem Blatte etwas mehr officiöse Gunst eintragen, die es bis jetzt nicht im mindesten bezieht; das beweisen abermals die gemessenen Hiebe, welche ihm heute der „Constitutionnel“ dafür erteilt, daß es sich über einen Brief Victor Hugo's gestreut hat, während der „Constitutionnel“ die Injurien dieses verhehmten Schriftstellers seinem Complimente vorzieht. — Mirès verbreitet massenhaft in Gutachten der Annalé de la Chère und Ambroise Rendu gegen die Staatsanwaltschaft bezüglich der Insprelation des Urtheils des Gerichts von Douai vom 21. April. Mirès selbst begleitet dieses Memorandum mit einer Note, worin er sagt: „Wenn die Sprache der Ehre und der Wahrheit nicht gehört würde, so wäre dies ein Unheil, nicht für mich allein, sondern für die ganze Gesellschaft. Jeder könnte und würde sich sagen, daß es jetzt in Frankreich eine juridische Doctrin gibt, nach welcher eine Ehrenfrage nicht genügt, um von den Richtern eine Erläuterung fordern zu können, und daß ein solches Interesse zu gering ist, als daß es einem höchsten Gerichtshofe gestattet wäre, die Wahrheit über ein Factum zu sagen, die er allein in letzter Instanz würdigen kann und soll.“ — Graf Persigny hat eine Rundnote an die Präfecten gerichtet, in welcher der Minister den letzteren aufträgt, die Presse in den Departements zu überwachen und die Discussionen über innere politische Fragen zu verhindern.

Der älteste Sohn des verstorbenen Sultans Abdul Medschid ist hier angekommen; durch eine besondere Begünstigung des Kaisers hat er die Erlaubnis erhalten, als Externe den Kurs an der polytechnischen Schule zu hören.

Großbritannien.

London, 4. Oct. Das Court-Journal meldet: „Ihre Majestät wird am 15. October in England erwartet und wird sich nach der Rückkehr zunächst nach Osborne begeben, wo sie bis nach dem 9. November (Geburtstag des Prinzen Wales) zu bleiben gedenkt. Der Prinz von Wales wird seinen Geburtstag bei der Königin zu Osborne in ziemlich der Zurückgezogenheit zubringen.“ — Wie die „Times“ zu verstehen gibt, scheint Lord Palmerston in Verlegenheit, wie der erledigte erzbischöfliche Sitz von Canterbury besetzt werden soll, und die Nachricht, daß die Primaswürde dem demaligen Erzbischof von York zugesprochen sei, entbehrt bis jetzt aller amtlichen Bestätigung.

In Stalybridge fand vor einigen Tagen ein Meeting statt, bei welchem mehrere Resolutionen vorgebracht wurden des Inhalts, daß die Regierung durch Petitionen bestimmt werden sollte, in Anbetracht des Elends, das der amerikanische Bürgerkrieg über Amerika und Lancashire bringe, der Fortsetzung desselben entgegenzuwirken und zu diesem Zweck die Südstaaten anzuerkennen. Ein Amendement, welches hiergegen gestellt wurde, lautete, daß die südlichen Staaten durch ihre Rebellion an dem herausgeschworenen Elend vorzugswiese schuld seien, und daselbe fand bei der überwiegenden Majorität lauten Beifall. Ein großer Theil der Anwesenden bestand aus Fabrikarbeitern.

Schweden.

Der König von Schweden ist am 1. d. zur Eröffnung der Eisenbahn Kongsvinger-Eilleström und zur Eröffnung des Storhings nach Norwegen abgereist.

Italien.

Aus Turin, 3. Oct., wird der „R. Z.“ geschrieben: Hinsichtlich des Belagerungsustandes der Südpervenzen ist man mit Camarmora in Unterhandlungen getreten, die wohl ebenfalls zu einem Compromiß führen dürften. Man würde hiernach den eigentlichen Belagerungsustand aufheben und auch der Presse ihre freiesten größtentheils wieder abnehmen, jedoch bis zur Herstellung des vollen Normalzustandes sowohl Camarmora wie dem Präfecten von Palermo noch gewisse exceptionelle Vollmachten lassen. — Der Prinz Humbert wird, wie es heißt, seinen Rückweg von Esiabon über Frankreich nehmen und dem Kaiser in St. Cloud einen Besuch abtathen.

Die neuesten Nachrichten über den Gesundheitszustand Garibaldi's lauten beunruhigend. Die Aerzte, die zu ihm berufen wurden, sind getheilte Ansicht; nach den Einen ist die Kugel nicht mehr in der Wunde und die Heilung wird deshalb von selbst erfolgen; nach den Andern ist die Kugel aber noch in der Wunde, und es steht zu befürchten, daß nach dem Aufhören der Eiterung sich Geschwüre im Innern bilden werden, die eine Zerfetzung des Blutes zur Folge haben und eine spätere Abnahme des Fußes unmöglich machen. Für die erstere Ansicht sind die Aerzte N. pari, Prandiana, Bassi, Albane, Porta (Professor in Bologna), Consetto

der zurückgeben.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

3. 57268. Rundmachung. (4210. 3)

Aut. Eröffnung der k. k. Direction der Staatsschuld vom 2. l. M. 3. 3065 sind bei der am 1. September d. J. in Folge der k. k. Patente vom 21. März 1818 und 23. December 1859 vorgenommenen 364. und 365. Verlosung der älteren Staatsschuld die Serien 307 und 406 gezogen worden.

Die Serie 307 enthält Obligationen des vom Hause Goll aufgenommenen Anlehens im ursprünglichen Zinsfuß von 4% u. z.:

Lit. G. von Nr. 801 bis inclusive 1000
" A. " " 4293 " " 5143 und
" D. " " 1 " " 563 im
Gesamtschuldbetrage von 1.256,800 fl.

Die Serie 406 enthält feierlich-ständische Aerial-Obligationen für gezwungene Kriegsdarlehen, im ursprünglichen Zinsfuß von 5% und zwar von den Zinsentzinsen Jänner und Juli von Nr. 16957 bis incl. Nr. 17217, von den Zinsentzinsen April und October von Nr. 2 bis incl. 16009 und die kantonisch-ständischen Aerial-Obligationen, im ursprünglichen Zinsfuß von 3 1/2% von Nr. 2 bis einschließig 229 im Gesamtschuldbetrage von 994,015 fl. 25 kr.

Diese Obligationen werden nach den Bestimmungen des a. h. Patentes vom 21. März 1818 auf den ursprünglichen Zinsfuß erhöht und insofern dieser mit 5% Conv.-Mz. entfällt, nach dem mit der Rundmachung des h. Finanz-Ministeriums vom 26. October 1858 3. 5286 (R. G. Z. Nr. 190) veröffentlichten Umstellungs-Massstabe in 5% auf österr. Währ. lautende Staats-Schuldverschreibungen umgewandelt.

Für jene Obligationen, welche in Folge Verlosung zur ursprünglichen, aber 5% nicht erreichenden Verzinsung gelangen, werden auf Verlangen der Partei nach Maßgabe der in der erwähnten Rundmachung enthaltenen Bestimmungen 5% auf österr. Währ. lautende Obligationen erfolgt.

Von der k. k. galizischen Statthalterei.
Lemberg, am 14. September 1862.

N. 57268. Obwieszczenie.

Według oznajmienia c. k. dyrekcyi długu państwa z dnia 2go b. m. l. 3065 wyciągnięte zostały przy teraźniejszym na dniu 1go września b. r. na mocy najwzajemnych patentów z dnia 21 marca i 23 grudnia 1859 przedsięwziętem 364tem i 365tem losowaniu dawniejszego długu państwa serye 307 i 406.

Serya 307 zawiera obligacye podjętej przez dom Golla pożyczki po pierwotnej procentowej stopie 4%, jakoto:

Lit. G. od nru. 801 włącznie do 1000,
" A. " " 4293 " " 5143 i
" D. " " 1 " " 563

w ogólnej kwocie kapitału 1.256,800 zł.

Serya 406 zawiera styryjsko-stanowe eraryalne obligacye przymusowej pożyczki wojennej po pierwotnej procentowej stopie 5%, jakoto: z procentowych terminów: styczni i lipiec od nru. 16957 włącznie do nru. 17217, z procentowych terminów: kwiecień i październik od nru. 2 włącznie do 16009 i karynsko-stanowe eraryalne obligacye po pierwotnej stopie procentowej 3 1/2 od nru. 2 włącznie do 229 w ogólnej kwocie kapitału 994015 zł. 25 kr.

Te obligacye podwyższone zostaną według postanowień najwzajemnego patentu z dnia 21 marca 1818 do pierwotnej stopy procentowej, a jeśli ta stopa wyniesie 5% mk., wymienione będą według owę obwieszczeniem wys. ministerstwa finansów z dnia 26 października 1858 l. 5286 (Dziennik ustaw państwa nr. 190) ogłoszonej skali obliczenia na 5% na austryacką walutę opiewające obligacye długu państwa.

Za te obligacye, które w skutek wylosowania wracają do pierwotnej, 5%, jednak nie wynoszącej stopy procentowej, wydawane będą na żądanie stron, według postanowień zawartych w powyżej przytoczonym obwieszczeniu, 5% na austryacką walutę opiewające obligacye.

Z c. k. galic. Namiestnictwa.
Lwów, dnia 14 września 1862.

N. 1799 civ. E d y k t. (4212. 2-3)

C. k. Sąd powiatowy w Kalwaryi zawiadamia masę leżącą po Helenie Twardosz z Stronia i domniemyanych jej spadkobierców lub następców w prawie, że na przeciw jej Antoni Madeja pod dnem 30 lipca 1862 l. 1799, pozew wniósł i o orzeczenie prosił, że jest prawym właścicielem 1/4 części roli Madejówki w Lesnicy położonej i że 1/4 część tejże, w posiadaniu masy spadkowej Heleny Twardosz znajdująca się, jemu w fizyczne posiadanie oddana być winna i że w skutek tego pozwu wyznaczona jest audyencya sądowa na dzień 5 listopada 1862 o godzinie 10tej rano do postępowania ustnego.

Gdy postępowanie spadkowe po Helenie Twardosz nie jest przeprowadzone, a imiona, nazwiska i miejsce pobytu domniemyanych spadkobierców lub ich następców nie jest wiadome, przeto c. k. sąd powiatowy w celu zastępowania pozwanych, jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże, Michała Lenczowskiego z Lesnicy, kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego przeprowadzony będzie.

Poleca się zatem pozwany, ażeby na powyż.

szęj audyencyi, albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla tychże zastępcę udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tem sądowi donieśli, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki, sami sobie przypisać będą musieli.

Kalwarya, dnia 20 września 1862.

N. 3921 jud. Edict. (4211. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte Biala als Gericht wird bekannt gemacht, daß am 1. Februar 1862 in Biala der Bürger und Hausbesitzer Karl Tyrtani ohne Testament verstorben ist.

Da diesem Gerichte nicht alle Personen bekannt sind, welchen auf seine Verlassenschaft ein Erbrecht zusteht, so werden alle diejenigen, welche hierauf aus was immer für einem Rechtsgrunde Anspruch zu machen gedenken, aufgefordert, ihr Erbrecht binnen einem Jahre vom unten gesetzten Tage gerechnet, bei diesem Gerichte anzumelden, und unter Ausweisung ihres Erbrechtes die Erbserklärung anzubringen, widrigenfalls die Verlassenschaft mit jenen, die sich bis jetzt erbserklärt haben, und noch erbserklären werden, verhandelt, und ihnen eingetantwortet wurde.

Biala, am 29. August 1862.

N. 1411. Ankündigung. (4213. 2-3)

Für Verpachtung des städtischen Schlachthauses in Wieliczka auf die Zeit vom 1. November 1862 bis letzten October 1865 wird eine öffentliche Licitation in dem hiesigen Magistratsgebäude am 24. October 1862 um 9 Uhr Vormittag abgehalten werden, wobei jedoch nur bis zum Beginn der mündlichen Verhandlung auch schriftliche versiegelte mit Badium versehene Offerten angenommen werden.

Der jährliche Pachtpreis beträgt 150 fl. 6. W. und die näheren Pachtbedingungen können während den Amtsstunden in der hiesigen Amtskanzlei eingesehen werden.

Magistrat, Wieliczka, am 30. September 1862.

N. 1411. Obwieszczenie

W celu wypuszczenia miejskiej rzeźalni w Wieliczce na trzechniętą dzierżawę z dniem 1 listopada 1862 zaczynać, a dnia 31 października 1865 kończyć się mającą, odbędzie się w tutejszym magistracie publiczna licytacja na dniu 24go października 1862 o godzinie 9tej przedpołudniem przy której oferty pisemne opieczetowane i należym wadium opatrzone, tylko do chwili rozpoczęcia ustnej licytacji przyjmowane będą.

Cena wywołania wynosi rocznie 150 zł. w. a. a bliższe warunki dzierżawy mogą być w godzinach urzędowych w tutejszej registraturze przez strony interesowane przejrzanemi.

Magistrat, Wieliczka dnia 30 września 1862.

N. 15241. Edict. (4214. 1-3)

Vom k. k. Landesgerichte in Krakau wird bekannt gemacht, daß über Ansuchen der k. k. Finanz-Procuratur zur Befriedigung des, dem h. Aerial im Grunde der Zahlungsaufforderung des k. k. Steueramtes in Krakau vom 26. Juli 1858 3. 1934 von Jakob Schanzer aus der größeren Uebertragungsgebühr pr. 330 fl. 75 fr. 6. W. noch schuldigen Restbetrages pr. 280 fl. 75 fr. 6. W. und der von dem vollen Gebührentbetrage 330 fl. 75 fr. 6. W. seit den 8. October 1858 bis 13. Februar 1860 von jenem Restbetrage pr. 280 fl. 75 fr. 6. W. aber, seit dem 13. Februar 1860 bis zur wirklichen Zahlung dieses Restbetrages zu berechnenden 5% Zinsen dann der, der k. k. Finanzprocuratur zugesprochenen Executionskosten pr. 8 fl. 26 fr., 25 fl. 36 fr. und 10 fl. 28 fr. 6. W. die executiv Feilbietung der im hiergerichtlichen Hypothekenhauptbuche Gemeinde VI. vol. nov. 6 p. 84 n. 6 h. r. auf den Namen des Hrn. Jakob Schanzer eingetragenen in Krakau liegenden Realität Nr. 112 Gde. VI. alt (Nr. 276 Stth. VIII. neu) in drei Terminen am 6. November, am 11. December 1862 und am 15. Januar 1863 bei diesem k. k. Landesgerichte jedesmal um 10 Uhr Vormittags unter den Bedingungen welche ihrem ganzen Inhalte nach so wie auch der Schätzungsact jener Realität in den betreffenden Acten in der hiergerichtlichen Registratur eingesehen, und abschriftlich erhoben werden können, gegen die abgehalten werden wird, daß diese Realität bei den ersten zwei Feilbietungsterminen nicht unter ihrem Schätzungswerte, bei dem dritten Feilbietungstermine auch unter ihrem Schätzungswerte hintangegeben werden wird.

Zum Ausrußpreis dient der Schätzungswert jener Realität pr. 15511 fl. 4 fr. 6. W.

Daß zu erledigende Badium besteht aber im Betrage pr. 1552 fl. 6. W.

Für die Gläubiger denen diese Ausschreibung der Feilbietung gar nicht oder nicht vor dem ersten Licitations-Termine zugestellt werden könnte, dann welche erst nach dem 8. April 1862 zur Hypothek jener Realität gelangen würden ist Advokat Hr. Dr. Szlachetkowski mit Substituierung des Advokaten Hrn. Dr. Zucker zum Curator bestellt.

Krakau, am 15. September 1862.

N. 15241. E d y k t.

C. k. Sąd krajowy Krakowski niniejszem ogła-

Meteorologische Beobachtungen.

Zeit	Barom.-Höhe auf in Par. d. Linie in Red. u. m.	Temperatur nach Reaumur	Spezifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Veränderung der Wärme im Laufe d. Tage
8 2	331.89	+15.4	53	West schwach	heiter mit Wolken		+5.4
10	32.74	+8.8	78	West-S.W. sch.	heiter		+10.3
9 6	32.87	+8.3	78		trüb		

In der Buchdruckerei des „CZAS.“

szą, że na skutek prosby c. k. Prokuratorji skarbowej w celu zaspokojenia należących się c. k. skarbowi resztujących należności stęplowej 280 zł. 75 cent, pochodzącej z większej należności według prawomocnego wezwania zapłaty c. k. urzędu poborowego w Krakowie z dnia 26 lipca 1858 do Nr. 1934 w sumie 330 zł. 75 cent. Jakobowi Schanzerowi nałożonej, tudzież procentów po 5 od sta, od owę całej należności 330 zł. 75 cent. za czas od 8 października 1858 aż do 13 lutego 1860 zaś od resztujących należności 280 zł. 75 c. za czas od 13 lutego 1860 aż do rzeczywistej upłaty bieżącym — jako i kosztów egzekucyjnych w kwotach 8 zł. 26 c., 25 zł. 36 c. i 10 zł. 28 cent. c. k. prokuratorji skarbowej przyznanych, odbędzie się dnia 6 listopada i 11 grudnia 1862 tudzież 15 stycznia 1863 każdą razą o godzinie 10tej zrana w gmachu c. k. sądu krajowego publiczna licytacja realności pod Nr. 112 w Gm. VI. daw. (Nr. 276 dz. VIII. now.) w Krakowie leżącej od dłużnika Jakóba Schanzera wedle tutejszo-sądowej księgi hipotecznej głównej Gm. VI. vol. nov. 6 pag. 84 n. 6 h. r. należących, w celu przymusowej sprzedaży, pod warunkami, które w całej ich treści jako i akt oszacowania w dotyczących aktach w registraturze tutejszo-sądowej przejrane i odpisane być mogą i według których owa realność na pierwszych dwóch terminach nie poniżej szacunku swego, zaś na trzecim terminie także i poniżej szacunku sprzedaną będzie.

Za cenę wywołania służy szacunek owę realności w sumie 15511 zł. 4 c.

Wadium do rąk sądowej komisji licytacyjnej złożyć się mające wynosi 1552 zł.

Dla wierzyteli którzyby rozpisanie owę licytacji albo całkiem nie, albo przed pierwszym terminem licytacji nie zostało doreczone, tudzież dla wierzyteli, którzyby dopiero po 8 kwietnia 1862 do hipoteki onę realności przyszli, ustanowiony został kurator w osobie adwokata p. Dra Szlachetowskiego, zastępcą tegoż zaś adwokat pan Dr. Zucker.

Kraków, dnia 15 września 1862.

N. 45773. Rundmachung. (4209. 1-3)

Zur Verleihung der erledigten Subvention jährlicher zweihundert (200) Gulden 6. W. aus dem österr. galizischen Landesfonde für Civilschüler am Wiener Thierarznei-Institute während der Studiendauer vom 1. October 1862 angefangen wird hiemit der Concurs ausgeschrieben.

Die Bewerber haben ihre Gesuche mit den Documenten über die erfolgte Aufnahme in den thierärztlichen Studiencurs am Wiener Thierarznei-Institute, mit dem Impfungs- und Mittellostigkeitsschein, dann mit dem eigenhändig ausgefertigten Reverse zu belegen, daß sie nach Erlangung des Diploms eines Thierarztes am genannten Institute als solche durch acht Jahre im kaiserl. l. Verwaltungsgebiete jedoch mit Ausschluß der Stadt Lemberg sich verwenden wollen, ausgenommen den Fall einer öffentlichen Anstellung in den anderen Kreisen Galiziens oder in einem anderen Kronlande.

Hierbei sollen Landesfinder den Vorzug haben, falls solche sich nicht bewerben, kann diese Subvention auch Schülern, welche andern Kronländern angehören, verliehen werden, wenn sie der Landessprache mächtig sind, oder sich verpflichten während des Subventionsgenusses die legal nachgewiesene Sprachkenntnis sich eigen zu machen.

Zur Reise von Wien nach Galizien wird dem betreffenden Böglinge nach erlangtem Diplome ein Reisepauschale von 60 fl. 6. W. aus dem Landesfonde angewiesen werden.

Die diesfälligen Competenzgesuche sind, versehen mit den erwähnten Belegen bis Ende November 1862 bei der k. k. Statthalterei in Lemberg einzubringen.

Von der k. k. galizischen Statthalterei.
Lemberg, am 1. September 1862.

N. 45773. Obwieszczenie.

Dla nadania opróznionej pieniężnej subwencyi rocznych dwieście (200) złotych wal. a. z wcho. dnio-galicyjskiego funduszu krajowego cywilnym uczniom przy Wiedeńskim instytucie weterynarskim podczas trwania studyów zaczawszy od dnia 1 października 1862 rozpisyje się niniejszem konkurs.

Starający się zaopatrzyć mają swe podania w dokumenta co do następnego przyjęcia na weterynarski kurs studyów przy Wiedeńskim instytucie weterynarskim, dalej w świadectwa co do szczepionej ospy i ubóstwa niemniej w wystawiony własnoręcznie rewers, że po otrzymaniu dyplomu lekarza weterynaryi przy powyższym instytucie, czynnym będzie w tym charakterze przez ośm lat w Lwowskim okręgu administracyjnym jednak z wyłączeniem miasta Lwowa i z wyjątkiem jeżeliby otrzymał publiczną posadę w innych obwodach Galicyi albo innym kraju koronnym.

Przy tem dzieci krajowców mieć będą pierwszeństwo, jeżeliby zaś tacy nie ubiegali się, subwencya ta może być nadana także uczniom należącym do innych koronnych krajów jeżeli władają językiem krajowym, albo obowiązują się, przywłaszczycy sobie podczas używania subwencyi legalnie udowodnioną wiadomość języka.

Na podróż z Wiednia do Galicyi wyznaczę się odnośnemu uczniowi po otrzymaniu dyplomu kwotę 60 zł. z funduszu krajowego.

Odnosne podania, zaopatrzone w powyż przytoczone dokumenta mają być podane do końca listopada 1862 do ces. kr. Namiestnictwa we Lwowie.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.
Lwów, dnia 1 września 1862.

Wiener - Börse - Bericht

vom 7. October.

Öffentliche Schuld.

A. Per Staats.

In Deut. W. zu 5% für 100 fl.	Geld	Markt
von dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	83.60	83.70
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—	—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	72.75	72.90
ditto. „ 4 1/2% für 100 fl.	63.75	63.50
mit Verlosung v. 3. 1839 für 100 fl.	135.75	136.00
„ 1854 für 100 fl.	90.75	91.25
„ 1880 für 100 fl.	92.30	92.50
Conto-Rentenscheine zu 42 L. austr.	17.75	18.25

B. Per Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

von Mebe. Österr. zu 5% für 100 fl.	85.50	86.00
von Mähren zu 5% für 100 fl.	89.00	89.50
von Schießen zu 5% für 100 fl.	88.25	88.75
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	84.50	85.00
von Tirol zu 5% für 100 fl.	95.00	96.00
von Kärnt. u. Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	86.50	87.00
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	72.00	72.75
von Temeser Banat 5% für 100 fl.	70.75	71.00
von Croat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	72.00	73.00
von Galizien zu 5% für 100 fl.	72.00	72.75
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	69.75	70.25

C. Per (Pr. St.)

der Nationalbank für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr.	223.30	223.40
der österr. österr. österr. österr. zu 500 a. ö. W.	627.00	630.00
der österr. österr. österr. zu 1000 fl. österr.	1920.00	1922.00
der österr. österr. österr. zu 200 fl. österr.	249.50	250.50
der österr. österr. österr. zu 200 fl. österr.	152.50	153.00
der österr. österr. österr. zu 200 fl. österr.	124.75	125.00
der österr. österr. österr. zu 200 fl. österr.	147.00	147.00
der österr. österr. österr. zu 200 fl. österr.	285.00	286.00
der österr. österr. österr. zu 200 fl. österr.	227.50	228.00
der österr. österr. österr. zu 200 fl. österr.	414.00	416.00
der österr. österr. österr. zu 200 fl. österr.	228.00	230.00
der österr. österr. österr. zu 200 fl. österr.	405.00	410.00
der österr. österr. österr. zu 200 fl. österr.	383.00	390.00

D. Per (Pr. St.)

der Nationalbank für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr.	104.25	104.50
der österr. österr. österr. zu 100 fl. österr.	94.50	95.00
der österr. österr. österr. zu 100 fl. österr.	59.00	59.50
der österr. österr. österr. zu 100 fl. österr.	85.00	85.25
der österr. österr. österr. zu 100 fl. österr.	81.00	82.00

E. Per (Pr. St.)

der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr.	129.50	129.75
Donau-Dampfschiff-Fahrt zu 100 fl. österr.	94.00	94.50
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. österr.	120.00	121.00
Stadtschuldversch. zu 40 fl. österr.	52.50	53.00
Stadtschuldversch. zu 40 fl. österr.	36.00	37.00
Stadtschuldversch. zu 40 fl. österr.	94.50	95.00
Stadtschuldversch. zu 40 fl. österr.	37.00	37.50
Stadtschuldversch. zu 40 fl. österr.	36.00	36.25
Stadtschuldversch. zu 40 fl. österr.	35.00	35.50
Stadtschuldversch. zu 40 fl. österr.	35.50	36.00
Stadtschuldversch. zu 40 fl. österr.	22.25	22.75
Stadtschuldversch. zu 40 fl. österr.	21.50	22.00
Stadtschuldversch. zu 40 fl. österr.	15.00	15.25

F. Per (Pr. St.)

Bank- (Pr. St.) Conto	104.40	104.50
Augsburg, für 100 fl. österr.	104.50	104.60
Frankf. a. M., für 100 fl. österr.	92.00	92.70
Hamburg, für 100 fl. österr.	124.00	124.10
London, für 10 fl. österr.	49.10	49.15

G. Per (Pr. St.)

Kaiserliche Münz-Dufaten	fl. fr.	fl. fr.	Geld	Markt
zu 5 93 1/2	—	—	5.94	5.95
zu 5 93 1/2	—	—	5.94	5.95
zu 5 93 1/2	—	—	17.15	17.20
zu 5 93 1/2	—	—	9.94	9.95
zu 5 93 1/2	—	—	10.20	10.25
zu 5 93 1/2	—	—	124.00	124.10

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang:

von Krakau nach Wien 7 Uhr Früh, 3 1/2 bis 30 Min. Nachm.	
— nach Breslau nach Warschau, nach Danzig und über Döberberg nach Preußen 8 Uhr Vormittags; — nach und bis Szczafowa 3 Uhr 30 Min. Nachm.; — nach Przemyśl 6 Uhr 15 Min. Früh; — nach Lemberg 8 Uhr 30 Min. Abends, 10 Uhr 30 Min. Nachm.	
— nach Bielecka 11 Uhr Vormittags.	
von Wien nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Min. Nachm.	
von Ofen nach Krakau 11 Uhr Vormittags.	
von Granica nach Szczafowa 6 Uhr 30 Min. Früh, 11 Uhr 30 Min. Nachm.	
von Szczafowa nach Granica 11 Uhr 16 Min. Nachm.	
von 2 Uhr 20 Min. Nachm., 7 Uhr 56 Min. Abends.	
von Przemyśl nach Krakau 9 Uhr Morgens.	
von Lemberg nach Krakau 5 Uhr 20 Minuten Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.	

Ankunft:

in Krakau von Wien 9 Uhr 45 Minuten Früh, 7 Uhr 45 Minuten Abends; — von Breslau und Warschau 9 Uhr 45 Minuten Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Ofen über Döberberg aus Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Przemyśl 7 Uhr 23 Min. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachm.; — von Bielecka 6 Uhr 20 Min. Nachm.	
in Przemyśl von Krakau 4 Uhr 43 Min. Nachm.	
in Lemberg von Krakau 8 Uhr 32 Minuten Früh, 8 Uhr 40 Minuten Abends.	

Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother.